

# Morgen-Ausgabe.

# Saale-Deitung.

Blumendreihacher Jahrgang.

**Bezugspreis**  
für Halle wöchentlich 2,50 M., bei  
vierteljähriger Bestellung 2,75 M., durch  
die Post 3 M., für monatlich 2 M.,  
einmalig 1 M., für den Postweg  
Zuschlag von 10 Cts. für den Postweg.  
Für die Redaktion verantwortlich:  
Dr. Oswald Schulze in Halle.  
Halle-Verbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc.  
(Kühnle-Str. 17a.)

**Anzeigen**  
werden bis 10 Uhr oder deren Raum  
mit 20 Pct., solche aus Halle mit  
15 Pct. berechnet und in der Expedition,  
von unseren Anzeigenstellen und allen  
Anzeigen-Expeditionen angenommen.  
Bezahlung der Zeitungs-  
Erklärung wöchentlich pränumerando;  
Sonntags und Montags einmal,  
sonst zweimal täglich.  
(Der Abdruck unserer Original-Artikel  
ist nicht gestattet.)

**Nr. 611. Halle a. d. Saale, Freitag den 31. Dezember. 1897.**

## Deutsches Reich.

### Sof- und Personalsachrichten.

**Berlin, 30. Dez.** Am Neujahrstage findet, wie in  
früheren Jahren hier, „großes Weiden“ statt. Es wird von  
den Spielern der Regimenter der 2. Garde-Grenadier-  
Brigade, sowie dem Musikcorps des 2. Garde-Regiments  
zu Fuß, unter Führung eines Adjutanten des genannten Regi-  
ments, feils 8 Uhr im Schlosshof des Königl. Schlosses  
ausbricht. Dort ist über den Schlosshof, die Schlossfreiheit,  
den Mittelweg der Straße hinter den Linden bis zum Branden-  
burger Thor und ebenso zurück ausgeführt. Bei dem Weiden  
werden von der Kuppel der Schlosshalle von dem Trompeten-  
corps des 2. Garde-Regiments ein Chor und einige  
geistliche Chöre gebildet. Um 10 Uhr vormittags findet in der  
Kapelle des Königl. Schlosses Gottesdienst und unmittelbar  
darauf im Weißen Saale Gratulationscorps bei den Majestäten  
statt. Bei Beginn der Gratulationscorps werden von einer  
Batterie des 1. Garde-Feldartillerie-Regiments im Aufzuge  
101 Salutgeschosse abgefeuert. Die Große Paradenstraße wird  
mittags 12 Uhr im Schlosshof des Zeughauses stattfinden. Der  
Kaiser wird voraussichtlich zugegen sein. Eine Ehrencompagnie  
des Garde-Füsilier-Regiments mit Fahne, Schiellenen und  
Regimentsmusik nimmt auf dem Wege vor dem Zeughaus  
Anstellung.

### Die ostasiatische Frage.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Meldungen über  
Demonstrationen englischer Kriegsschiffe vor  
Tientsin beschäftigen sich nicht. Ein demonstrativer  
Vorstoß Englands in ostasiatischen Dingen dürfte auch fern-  
hin in London nicht opportun erachtet werden. Mehr als  
die mannigfachen Aufwindungen sensationeller Schritte der  
britischen Diplomatie scheint die Londoner „Matin“-Meldung  
der Wirklichkeit zu entsprechen, daß die englische Regierung  
durchaus nicht zur Unberücksichtigung neige und sie von den  
ungehörigen Auforderungen eines Theiles der Presse und der  
öffentlichen Meinung ziemlich kühl gelassen werde. Man könnte  
sagen, sie sei sich des Fehlens bewußt, den England beging, als  
es Deutschland neben Japan in dessen chinesischer Politik  
einen Platz einnehmen ließ, welchen England selbst hätte aus-  
füllen können und müssen.

Die „Allg. Ztg.“ aus Schanghai, der in Japan geboren  
ist und vor etwa 10 Jahren nach China ging, um dort die  
ersten deutschen katholischen Missionen einzurichten, die er  
am Anfang von französischer Seite zu stellen sich geübt hat,  
bis, seinen patriotischen Antrieben entsprechend, der Kaiser ge-  
nehmigte, sie unter deutscher Protektion zu bringen, hat einem  
Mitarbeiter der „Germania“ eine Unterredung gewährt,  
welche frühere Mittheilungen desselben Herrn ergänzt. Der  
Bischof sprach seine Ansichten über die Bedeutung von  
Kiao-tschau und dessen Folgen wie folgt aus:

„Von verschiedenen Seiten ist bewieselt worden“, so bemerkt  
das Blatt einleitend, „daß Kiao-tschau überhaupt eine geeignete  
Erwerbung für uns sei. So blieb es, die Ducht für uns im  
Winter zu, sei gewaltig vermindert und würde enorme Kosten  
zur Aufhebung von Truppen, Erbreiten und zur Anlage  
von Eisenbahnen verursachen. Wir haben uns die  
Freiheit genommen, speziell über diese handelsgeographische  
Angelegenheit dem Herrn Bischof einige Fragen vorzulegen.  
Bischof von Anker ist bezüglich des Jansen von Kiao-tschau  
weder in anderer Ansicht, doch keine unangenehme Kenntnis  
von China hat er die Wichtigkeit ihrer Umgebung für eine  
der wichtigsten Punkte der chinesischen Küste. Vor  
einigen Jahren hat die Qing-Dynastie mit Legationsrat  
Decker die Ducht unterhalb wegen Anlage eines chinesischen  
Kriegshafens, was doch gewiß dafür spricht, daß den Jansen  
eine wichtige Bedeutung beizumessen ist. Die Einigkeit ist nach Herrn  
Decker's Angaben ca. 20-30 Meil. Die Verbindung im  
Zentrum der Ducht erstreckt sich höchstens auf eine halbe See-  
meile im Durchmesser, flächenweise in der Gegend der Insel  
etwas weiter. Jedoch kann das Ganze mit verhältnismäßig  
geringen Kosten in einen der besten Häfen der Welt umge-  
wandelt werden. Daß der Hafen regelmäßig zuströmt, ist eine  
den Kennern der Gegend bekannte Thatsache.“

Ueber das Hinterland und namentlich die Peking-Lager  
ist zu bemerken, daß dieselben sehr ausgedehnt, aber noch  
nicht genau bestimmt sind. Das Lager von Tschow-si wird  
von den Chinesen auf europäische Art mit Maschinenbetrieb  
ausgebeutet. Die chinesischen Völker des Berglandes sind zum  
Theil sehr, die in Deutschland Bergbau treiben haben. Die  
höheren Betriebe sind, mit wenigen Ausnahmen, sehr primitiver  
Art. Freilich liegen die Stollenlager eine Strecke nach dem  
Zentrum zu; doch ließe sich da durch Anlage einer Kleinbahn  
leicht Abhilfe schaffen. Alles in allem liegt kein Grund vor,  
Kiao-tschau mit seinem Hinterland zu unterschätzen, und Deutsch-  
land würde mit dem Besitz von Kiao-tschau bestimmt eine gute  
Acquisition machen.“

Daß ganz in diesem Sinne, nur ungenügender in Hinsicht auf  
die Verbindung, spricht sich auch der bekannte Gelehrte  
Dr. Freyler v. Nördlingen, Professor der Geographie an der  
Berliner Universität aus, der im Januar der „Presse“  
Jahrs“ einen ausführlichen Aufsatz über Kiao-tschau, seine  
Bedeutung und voraussichtliche Bedeutung veröffentlicht:

Er klagt allerdings den Nachtheil, den Platz nicht durch  
Lagenchein zu seinen. Inzwischen viele Kiao-tschau jedenfalls  
ein streifen, wohlgeheilten Hafen mit guter Einfahrt und  
gesichertem Ankergrund; klimatisch hätte der Hafen die gün-  
stigste Lage an der ganzen chinesischen Küste. Unvergleichlich  
ist jedoch der Umstand, daß von Nordosten her der Kiao-  
tsho ein sehr hoher Schneehaufen bestimme und durch  
geringfügiges weiches Hagelwetter liege und die Ver-  
bindung der Welt bewirke. Infolge der Verbindung sei nur  
noch geringe Verbindung zwischen Hafen und Stadt und sei  
auch die Bedeutung der Stadt gekürzt. Kiao-tschau könne  
aber eine große Rolle als Ausgangspunkt von Eisenbahnen  
spielen. Als Lösung des Problems ist die Verknüpfung  
des Hafens mit dem Hinterland und die Verbindung des ganzen nordöstlichen  
China.

Die Takienwan-Bucht, die gleichzeitig mit Port Arthur  
von dem russischen Geschwader besetzt worden ist, liegt dem

selbstgenannten Hafenplatz nordwärts etwa 50 Kilometer entfernt,  
an der Mündung der Schmalen, nur etwa einen Kilometer  
breiten, durch einen Gebirgszweig eingegrenzten Landbrücke  
zwischen der Takienwan-Bucht und ihrer südlichsten Spitze, die  
in dieser Weise selbst wieder eine kleine Bucht bildet. An  
ihren Südwand liegt Port Arthur, das also mit der den Zugang  
von der Landseite her beherrschenden Takienwan-Bucht eine  
außerordentlich starke Marine-Position bildet. Namentlich ein paar  
Kilometer nordwärts von der Takienwan-Bucht befindet sich  
ferner die von einer hohen, sehr hohen Mauer umschlossen  
haben, bildet somit eine notwendige Ergänzung zu diesem  
Hafen. Während des russisch-japanischen Krieges ankerte in  
der geräumigen Takienwan-Bucht ein französisches Geschwader.

Ueber die russisch-japanischen Abmachungen, die  
jüngst in der Meldung Anlaß gaben, ein englisches Geschwader  
in Chemulpo erschienen, nur die Wiedereröffnung des Zoll-  
direktors Leary Brown zu erzwingen, wird aus Tacoma im  
Staate Washington gemeldet:

„Der letzte von China eingetroffene Dampfer hat den Text  
des Vertrages überbracht, der Japan die Bucht  
der Takienwan-Bucht, der Korea die Bucht  
von Port Arthur und dem russischen Minister des Auswärtigen unter-  
zeichnet. Laut Befehl des Kaisers von Korea habe der  
russische Gesandte seine Regierung ersucht, einen Beamten zu  
senden, um die Finanzangelegenheiten Koreas zu führen und  
die Bilanz des Zolldepartements zu überreichen. Japan  
habe darauf den Herrn Alexiew entsandt, um als Mit-  
glied der russischen Finanzverwaltung und Leiter des Finanz-  
wesens zu fungieren. Der finanzielle Rath soll die Be-  
steuerung und die Staats-Einnahmen und -Ausgaben unter  
sich haben und das Budget vorlegen. Die Minister  
sollen ihre Zustimmung geben, und der Finanzrath soll  
nicht anders, als über den Betrag, den das russische  
Gesandtschaft abgeben, die zur Befreiung der Auslagen  
nötig sind. Er soll die Staatsausgaben in der strengsten  
und vortheilhaftesten Weise leiten und der russischen Regierung  
über die eingehenden und veranschlagten Gelder Rechenschaft  
geben. Die verschiedenen Verordnungen und deren Beante  
sollen die Finanzangelegenheiten nach den Anweisungen des  
Finanzrathes führen und ihm helfen. Der Finanzrath seiner-  
seits soll eine passende Persönlichkeit zum Zolldirector an  
Stelle des jetzigen (englischen) ernennen. Dieser Zolldirector  
hat den Finanzrath seine Rechnungen vorzulegen. Der Zeit-  
dauer dieses Auftrags ist unbegrenzt. Es sollen aber  
künftig nur Russen oder Koreaner zum Finanzrath ernannt  
werden. Infolge dieses Vertrages ist Herr Alexiew  
Nachfolger des Herrn Leary Brown als Finanzrath und Chef  
des Zollwesens geworden.“

Eine Nachricht von der Besetzung Hainans, einer großen  
Insel zwischen Formosa und den Philippinen, durch die  
Franzosen ist nun bereits an die öffentliche Meinung auf  
den Weg gebracht worden. Jetzt erfolgt aber aus Paris,  
allerdings in einer sehr vorsichtigen Form, ein Dementi. Es  
lautet:

„In Betreff der von London aus verbreiteten Meldung, daß  
die Franzosen die Insel Hainan besetzt hätten, erklärt das  
Marineministerium, daß es keine Befestigung dieser  
Insel erklärt haben, und daß es dieselbe für eine Er-  
findung ansehe.“

Es ist immerhin charakteristisch, daß man in pariser  
antichinesischen Kreisen nicht weiß, daß es sich um eine Erfindung  
handelt, sondern die Sache nur als eine Erfindung „anlehnt!“  
Daraus darf ohne viel Zwang geschlossen werden, daß zum  
mindesten Pläne nach der bezeichneten Richtung hingen.  
Allerdings erklärt neuerdings die „Agence Havas“ die Meldung,  
daß die französische Flotte auf der Insel Hainan gesichtet worden  
ist, direkt für ein Arrêt de jugement.

Erst jetzt wird in der Londoner Zeitschrift „Nineteenth  
Century“ einen Artikel veröffentlicht, worin er auf die Ge-  
fahr der ostasiatischen Frage hinweist und Italien anrath,  
energisch die Partei Deutschlands zu ergreifen und sich  
seiner Geschwader nach China zu entsenden. Das amtliche  
Italien ist dagegen bestänzlich nicht willens, irgendwie aus  
seiner Reserve herauszutreten.

Laut telegraphischer Meldung an das Ober-Commando der  
Marine ist der Dampfer „Darmstadt“ mit dem Truppen-  
transport für Ostasien, Franzosen, Korvettenkapitän  
Trappell, am 20. Dez. in Volo in Ostasien angekommen und  
bestimmte am 20. Dez. nach Colombo in See zu gehen.

### Berwaltung und Reichspresse.

\* Das Staatsministerium trat am Donnerstag nach-  
mittag zu einer Sitzung zusammen.

\* Gegenüber der gestrigen Mittheilung der „Kreuzztg.“, daß  
die Eisenbahnfahrpreise unter Verzichtigung aller Aus-  
nahmesarten, insbesondere der Passfahrarten und der Rind-  
scheide, nicht merklich herabgesetzt werden sollen,  
schreibt die „Köln. Ztg.“:

„Es ist bekannt, daß Minister Tölen bereits seit längerer  
Zeit eine solche Verbilligung und Herabsetzung der  
Personalfahrpreise plant; doch dürfte bei dem Wette, der zur  
Zeit die preussische Eisenbahnverwaltung befreit, und bei der  
Wiederübernahme auf die ostasiatischen Expeditionen  
Interessen, die jeder Verbilligung der Reisemittel  
die arbeitenden Klassen sich entgegenstellen, eine Verbilli-  
gung jener Pläne für absehbar Zeit ausgeschlossen sein.  
Dazu kommt, daß die großen Aufwendungen für die  
Ergebnisse der Bahnen und Verbilligungen, die ostasiatisch  
für den nächstjährigen Etatanschlag auf etwa 10 Millionen  
von nunmehr eingehender Millionen angegeben werden, den  
jetzigen Zeitpunkt wohl als ungeeignet ersehen lassen  
dürften, große Umwälzungen im Personalarthefen vor-  
zunehmen. Endlich wäre eine weitere Herabsetzung der  
Statttarife für Passagiere von volkswirtschaftlichen  
Standpunkt aus wohl noch wichtiger und dringender als die  
Verbilligung und Herabsetzung der Personalfahrpreise.“  
Die „Kölnische“ mag wohl Recht behalten; es wird nicht  
daraus, daß die Minister nicht wollen und die Regierung jetzt  
ganz auf den Ton der agrarischen Fröste eingestimmt ist. Daß  
die Reform der Stätttarife eher ist als die der Personalfahr-  
tarife, ist wohl zu bejahen. Aber wir glauben, daß  
an die Zeit zu wenig herangezogen werden wird. Man hört  
wenigstens absolut nichts von bevorstehenden Verbilligungen.

\* Erneut tauchen Nachrichten auf, die sich auf angebliche  
Vorfälle über die internationale Regelung der  
Rückprämissenfrage beziehen. Es heißt dabei, die  
Autonomie zu einer endgültigen Konferenz werde keinesfalls von  
Deutschland ergriffen werden. Die „Post“ betont dem-  
gegenüber, daß, wenn etwa die Regierungsvorhaben in Bezug  
auf österreichisch-ungarischen Regierungsvorhaben in Bezug  
auf die geographische Lage der betreffenden Länder, diese freige-  
wählt und durchsichtiger Art waren. Man könne  
deshalb zur Zeit nicht erkennen, wie weit ernste Absichten  
dieser Art richtig und nicht richtig sind oder wie weit sie nur  
irgendwelchen Spekulations- oder sonstigen zeitweiligen Zwecken  
dienen.

\* Es wird bestätigt, daß vom Reichstag an des Innern  
für den 4. Januar nach Berlin eine Anzahl verfassungste-  
chnischer Sachverständiger eingeladen ist zu dem Zwecke  
von Vorbesprechungen über Verfassungsfragen. Diese Vor-  
sprechungen betreffen die vorläufigen Grundzüge für ein  
einzelnes Verfassungsprojekt, das zunächst die öffentlich-  
rechtlichen Fragen des Verfassungsrechts umfassen würde.  
Die im Reichstag des Innern stattfindenden Konferenzen  
dürften mehrere Tage dauern. Sie tragen natürlich  
einen vertraulichen Charakter.

\* Der Jahresbericht der Handelsminister zu Hamburg  
ist erschienen. Zur Handelsvertragspolitik äußert sich  
der Bericht wie folgt:  
„Ueber die Wirkungen der seit 1892 in Kraft getretenen  
wichtigen Handelsverträge Deutschlands ist demnach eine  
objektive Darstellung zu erwarten in einer Darstellung, welche  
die Reichsregierung am Anfang des Jahres hierüber aus-  
führlich berichtet hat. Auch ist in die Darstellung  
aufgefordert worden, über diese Frage, so weit darauf in  
Bericht kommt, zu berichten. Da auf unsere bezügliche  
Anfrage eingehenden zahlreichen Antworten haben unsere  
Anfragen, daß die damals eingehene Politik als eine  
erworbene zu sein, sich als ein empfinden wird, durch-  
aus bestätigt.“

Bei Erörterung des Hafenarbeiterausstandes heißt es  
in dem Berichte:

„Gewiß kann und soll den Arbeitern das Koalitionsrecht  
nicht verweigert werden. Abgesehen für die soziale Ent-  
wicklung und für den Arbeiter selbst können aber die  
Arbeiterkoalitionen nur werden, wenn sie, so gestellt  
von politischen Verhältnissen, wirklich das Wohl der  
Arbeiter ins Auge fassen und wenn unter dem Schutze der  
älteren und erfahrenen Arbeiter Führer an die Spitze gestellt  
werden, welchen es Ernst damit ist, in friedlichem Einver-  
nehmen mit den Arbeitgebern die fortschreitende Befreiung  
der Lage der Arbeiter möglichst zu erreichen und welche mit  
dem klaren Bewußtsein in die wirtschaftlichen Verhältnisse der  
Welt verknüpft, nicht allein nach unbedingten oder un-  
erlässlichen Forderungen der Arbeiter, sondern entgegen-  
zusetzen. Davon sind wir aber noch weit entfernt.“

Ueber die Flottenvorlage spricht sich der Bericht im Hin-  
blick auf die Handelsstellung Deutschlands, wie dies nach dem  
Verlauf der am 7. Dezember abgehaltenen Verhandlung eines  
Ehrenre Kaufmannes zu erwarten war, in günstigen  
Sinn aus.

\* Im preussischen Justizministerium ist angeblich  
in Aussicht genommen, die Stelle eines zweiten Direktors  
zu schaffen. Sollten die Verhandlungen darüber zu einem Ge-  
einlich führen, so dürfte diese Stelle schon im preussischen Etat  
für 1898/99 in Anschlag gebracht werden.

\* Seitens des Reichs-Postamtes soll, wie die „Post“ ver-  
nimmt, die Herstellung von 2 Preussisch-Marken an-  
geordnet worden sein. Ueber die Benutzung derselben, ob  
inspekt für Druckfachen, ist, verläutet noch nicht die Bestimmung.

\* Der Berliner Magistrat hat angeordnet, in die jüngste  
Zeit vorgekommenen zahlreichen Brandstiftungen im Jahre 1897  
für Ermittlung der Brandstifter in den Etat eingestellt.

\* Der Herrliche Reichsstaatsadvokat Dr. Helm wurde am  
Abend von Schöffengerichte Ausschuss wegen Verleumdung  
habe: Wenn Sie mich nochmals „ne“, gebe ich Ihnen eine  
solche Herbe, daß Sie den Erdboden küssen. Sie sind ein  
feiner Herr, aber sein mit a geliebten!“ zu 10 M. Geldstrafe  
verurteilt. Der kluge Polizeibeamte, nebenbei bemerkt ein  
guter Mensch, wurde auf erhebliche Weibschlage wegen „Zitieren“  
des Dr. Helm einer Verleumdung auch für schuldig erkannt, jedoch  
für straflos erklärt.

\* Zum Fall Köppen berichtet man heute aus Berlin: Der  
Hedebornschlichter Köppen hat von dem königlichen  
Polizeipräsidenten über das Verhalten der Polizeibeamten bei der  
Sitzung seiner Tochter, sowie über die ungebührlichen Vor-  
kommnisse im Polizeipräsidium erhalten. Der Polizeipräsident,  
der des Vorkommnisses halber um Entschuldigung bittet,  
steht mit, daß der Beamte, welcher die Sitzung vorgenommen,  
vorschriftsmäßig gehandelt habe. Die Sitzung mußte auf An-  
trag des freien Juristen erfolgen; der betreffende Beamte habe  
durch die gleichzeitige Entnahme des Mannes seine Pflicht  
vorschriftsmäßig erfüllt. Dagegen habe der Polizeipräsident  
mehr auf der dieverwachte unvorschriftsmäßige ge-  
handelt und die ihm zur Verfügung stehenden amtlichen Weg-





